

XIX. GP-NR

Nr. 47 /A (E)

Pls. 22. Nov. 1994

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Langthaler, Anschober, Freundinnen und Freunde

betreffend Maßnahmen zur Schaffung eines kernkraftwerkfreien Mitteleuropas

Der Beitritt Österreichs zur EU und damit zu Euratom erfordert genauso wie die Tatsache, daß die Zeit knapp wird, gegen die grenznahen Kernkraftwerke Temelin und Mochovce vorzugehen, eine offensive, konzeptive und engagierte Vorgangsweise Österreichs, um der Zielsetzung, ein kernenergiefreies Mitteleuropa zu schaffen, tatsächlich einen Schritt näher zu kommen. In diesem Zusammenhang sind Aussagen, von der bisherigen Positionierung in der Atompolitik abzurücken, kontraproduktiv und sollten lediglich als Motivation zur Forcierung einer breiten Atomausstiegspolitik dienen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, als Mitglied in der EU eine aktive Anti-AKW-Politik zu betreiben und die Allianz der heute schon kernenergie-kritischen bzw. -ablehnenden Staaten Europas zu stärken.

Weiters wird die Bundesregierung ersucht, bilaterale, multilaterale und internationale Aktivitäten zur Reduktion des Gefährdungspotentials grenznaher kerntechnischer Anlagen zu setzen und energiewirtschaftliche Kooperationen und Unterstützungen für die Reformstaaten Zentral- und Osteuropas anzubieten, um dazu beizutragen, die Voraussetzungen für einen Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie in diesen Ländern zu schaffen. Insbesondere soll die Bundesregierung dafür eintreten,

- daß die mit EU-Ratsbeschuß vom 21.3.94 beschlossene Kreditbereitstellung aus dem "Euratom-Fonds" in Höhe von vorerst 1,1 Milliarden Ecu (15 Mrd. öS) für Fertigstellung und "Sanierung" von Ostreaktoren einer Umwidmung Richtung Finanzierung von Atomausstiegsprojekten in den Reformstaaten unterzogen wird.

- daß die im derzeitigen 4. Energieforschungs-Rahmenprogramm der EU für Kernspaltung und Kernfusion bereitgestellten 1,25 (von gesamt 2,25) Milliarden Ecu in Zukunft größtenteils in den Bereich Alternativenergie-Forschung umgeschichtet werden.
- daß die Mittel des "Ost-Öko-Fonds" um 100 Prozent aufgestockt werden, und in Zukunft prioritär Projekte gefördert werden, deren Zielsetzung die Schaffung von Alternativen zur Nutzung der Kernenergie ist.
- daß als begleitende und weiterführende Maßnahme zu den erstellten Studien "Effizienzsteigerungsmöglichkeiten in der Energiewirtschaft Tschechiens und der Slowakei" bei den Nachbarstaaten angeboten wird, mit der sofortigen bilateralen Erarbeitung von Detail-, Machbarkeits- und Finanzierungskonzepten für einen nichtnuklearen Umbau der Energiesysteme zu beginnen.
- daß per Antrag eine Statutenänderung der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) angestrebt wird, mit dem Ziel, auf die weltweite Förderung der Atomenergie zu verzichten, und stattdessen als Instrument der internationalen Staatengemeinschaft als Kontrollorgan gegen die illegale Verbreitung von kernwaffenfähigen Spaltmaterialien wie Plutonium gestärkt und neuorganisiert wird.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den außenpolitischen Ausschuß vorgeschlagen.